

## Wie viel Schaden muss noch angerichtet werden?

***Der Vorstand der SVP Uznach ist enttäuscht und schockiert über die weitere Negativentwicklung betreffend dem ehemaligen Pflegezentrum. Anstatt die Liegenschaft wie vom Gemeinderat versprochen nach einer Uebergangsfrist von 2 Jahren mit einem neuen Konzept für die dringend benötigte Altersversorgung zu nutzen, soll nun ein bleibendes Asylheim für unbegleitete Jugendliche entstehen.***

Ginge es nach dem Willen der SVP, so würden heute im ehemaligen Pflegezentrum die drei wesentlichen Eckpfeiler der Altersversorgung angeboten: Pflegeplätze, betreutes Wohnen und Alterswohnungen. Eine weitere Option wäre die Ansiedlung und Zentralisierung der Verwaltungen von Organisationen wie Pro Senectute, Spitex oder anverwandter Institutionen, während das angrenzende Spital Interesse an einer Palliativabteilung und örtlicher Nähe zu diesen Partnerorganisationen hätte.

Bei dieser Diskussion geht es nicht um die Frage, ob man für oder gegen ein Asylzentrum ist sondern vielmehr darum, dass die Gemeinde Uznach ein ureigenes, öffentliches Interesse an der Nutzung dieser Liegenschaft hat.

Umso tragischer ist die Tatsache, dass die eigene Uzner Gemeinderätin in Zusammenarbeit mit der zwischenzeitlich von der Bürgerversammlung abgeschafften Verwaltungsstelle «Fachdialog Alter» die Schliessung des Pflegeheims besiegelte, indem man den Zweckverband wissen liess: «Uznach braucht keine Pflegeplätze mehr!» Jede vergleichbare Gemeinde mit derselben Bevölkerungszahl von 6'000 bis 7'000 Einwohnern benötigt im Schnitt mindestens 30-40 dauerhafte Pflegeplätze, von betreuten Wohnplätzen sowie Alterswohnungen mal ganz abgesehen. Weshalb unser Gemeindepräsident mit seinen Ratsmitgliedern einer solchen Entwicklung trotz mehrmaligen, jahrelangen Warnungen und Hinweisen seitens der Ortsparteien freien Lauf liess, bleibt wohl ein Rätsel.

Mit dem Versprechen, in 2 Jahren den Asylbetrieb aufzuheben, um dann der Bürgerschaft ein abstimmungsfähiges Projekt für die dringendst benötigte Altersversorgung zu unterbreiten, konnte sich die SVP noch abfinden.

Dass nun ein dauerhafter Asylbetrieb eingerichtet werden soll zeigt ein mal mehr die Unberechenheit und Wortbrüchigkeit unserer direkten Politiker. Dass nun eine kantonale Institution zur Betreuung jugendlicher Asylanten den Kaufpreis unnötig in die Höhe treibt, nur damit die Verbandsgemeinden schlussendlich etwas mehr Gewinn unter sich aufteilen können, ist mehr als befremdend - insbesondere sich diese TISG (Trägerverein Integrationsprojekte St.Gallen) schamlos für solche Spielchen an Steuergeldern vergreifen kann. Die Abklärungen, ob und wie eine Untersuchungskommission ins Leben gerufen werden kann, um diese skandalösen Vorgänge zu durchleuchten, sind zurzeit im Gange.

Was wir in diesem Wirrwar aus Verflechtungen von Zweckverbänden, deren Vorstandsmitgliedern, Gemeindepräsidenten/innen und deren fragwürdigen Doppelmandatsrollen brauchen, wäre eine starke und entschlossene Führung im Uzner Rathaus – und diese lässt seit Jahren sehr zu wünschen übrig...